



Ausschuss für Schule und Bildung

44. Sitzung (öffentlich)

6. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:04 Uhr bis 13:04 Uhr

Vorsitz: Florian Braun (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

9

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion auf eine Aktuelle Viertelstunde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von FDP und AfD ab. Sodann kommt der Ausschuss überein, die Beratung der Tagesordnungspunkte 15, 16 und 21 auf die nächste Ausschusssitzung zu verschieben.

1 Finger weg vom OGS-Rechtsanspruch – die Landesregierung muss kurzfristig ein Rettungsprogramm für den Ganzttag auflegen

10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5851

Ausschussprotokoll 18/426 (*Anhörung am 28.11.2023*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

2 Lehrkraft-Sein ist mehr als Unterricht: Die Landesregierung muss das Potential eines Arbeitszeitmodells für Lehrkräfte in NRW nutzen **12**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6385 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 18/479 (*Anhörung am 23.01.2024*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

3 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung **14**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/476 (*Anhörung am 19.01.2024*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

4 HPV-Impfungen fördern – freiwillige Schulimpfungen einführen! 16

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/5426

Ausschussprotokoll 18/464 (*Anhörung am 17.01.2024*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

- 5 Siebte Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung Berufskolleg** **18**
- Vorlage 18/2182
Vorlage 18/1545
Drucksache 18/7826
- abschließende Beratung und Abstimmung
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt der Verordnung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.
- 6 Mehr Lust auf Leistung in der Schule!** **20**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7761
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, eine Anhörung durchzuführen und das weitere Vorgehen unter den Obleuten zu besprechen.
- 7 Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalens Schulen weiterentwickeln** **21**
- Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/7765
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

8 Wehret den Anfängen – Kinder- und Jugendkriminalität durch einen ganzheitlichen Ansatz begegnen 23

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/8120

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

9 „Incels, Alpha-Males & Pick-Up Artists“ – Frauen- und demokratiefeindliche Trends ernstnehmen, Frauen- und Mädchenhass im Netz bekämpfen. 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8128

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.

10 Verwaltungsvereinbarung über die Zusammenarbeit hinsichtlich der Durchführung von Prüfungen zum Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz für Lernende (in erster Linie) in den Internationalen Förderklassen (IFK)/Vorbereitungsklassen/Willkommensklassen/Internationalen Klassen zur sprachlichen Erstintegration von Kindern und Jugendlichen im schulischen Bereich 25

Unterrichtung des Präsidenten des Landtags
Drucksache 18/8352
Vorlage 18/2300

– mündlicher Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.

- 11 Sachstand Deutschlandticket Schule** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1]*) **26**
- In Verbindung mit:
- Wie geht es weiter mit dem Schüler/innen-Ticket in NRW?** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2152
Vorlage 18/2323
- Wortbeiträge
- 12 Wissenschaftlicher Prüfauftrag zur steigenden Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit Bedarf an sonderpädagogischer Unterstützung** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **27**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 13 Organisation der Schulsozialarbeit in NRW** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*) **36**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2329
- Wortbeiträge
- 14 Startchancen-Programm in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **40**
- In Verbindung mit:
- Startchancen-Programm: Umsetzung in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 4]*)
- In Verbindung mit:

Start des Startchancen-Programms in NRW *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2327
Vorlage 18/2328

15 Verhandlungen zum Digitalpakt 2.0 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 6])* **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2324

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

16 Fazit Distanzunterricht bei Extremwetterlage, „Schneetage“ 17.1. und 18.1.2024 *(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 7])* **51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2331

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

17 Erneut deutlicher Anstieg der Kündigungen von Lehrkräften *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion [s. Anlage 8])* **52**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2332

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

18 Unübliche Praxis bei Teilzeitanträgen von Lehrkräften *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 9])* **53**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2325

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 19 Struktureller Unterrichtsausfall an Förderschulen – Wie reagiert das Ministerium auf den Hilferuf von mehr als 300 Eltern? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 10])** **54**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2326

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 20 Aktueller Sachstand betriebliches Gesundheitsmanagement (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 11])** **55**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2333

– wird aus Zeitgründen heute nicht behandelt

- 21 Konsequenzen aus dem Urteil gegen zwei Lehrerinnen nach dem Tod einer Schülerin auf einer Klassenfahrt (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 12])** **56**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2330

– wird nicht behandelt

- 22 Verschiedenes** **57**

3 Brandbrief der Städte und Gemeinden an den Ministerpräsidenten – Unsere Kommunen brauchen eine kommunalfreundliche Landesregierung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6383

Ausschussprotokoll 18/476 (*Anhörung am 19.01.2024*)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Der Antrag wurde am 25.10.2023 nach Beratung mit den Stimmen aller Fraktionen und des fraktionslosen Abgeordneten Dr. Blex an den Ausschuss für Heimat und Kommunales – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.)

Dilek Engin (SPD) sieht den Antrag, auf den sie anhand der Drucksache eingeht, durch die Sachverständigen in seinem Kern bestätigt, die die Notlage der Kommunen zudem drastisch geschildert hätten.

Tim Achtermeyer (GRÜNE) rät, nicht bei jedem Antrag Superlative zu verwenden, sondern die berechtigterweise angesprochenen Probleme anzugehen. Auch ihn besorgten die Altschulden, die zudem die Ungerechtigkeit in der kommunalen Familie verdeutlichten. Der Bund bleibe seine Zusage zur von der Landesregierung angebotenen Lösung noch schuldig, für die sich alle Fraktionen einsetzen sollten.

Bei der Schulfinanzierung herrsche eine komplexe Struktur zwischen dem Land und den Kommunen. Es brauche eine dynamischere Struktur, über die man Ungerechtigkeiten besser ausgleichen könne. Dazu habe die Landesregierung Gutachten in Auftrag gegeben, um die Situation im Überblick zu betrachten, was er für effektiver halte als den Antrag.

Dr. Christian Blex (AfD) kritisiert, in den von der SPD geführten Kommunen fehle Geld für die Schulen, das sie nämlich lieber dafür verwendeten, Häuser für die Menschen aufzukaufen, die ins Land kämen. In ihrem Brandbrief kritisierten die Bürgermeister jedenfalls unter anderem die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen jenseits der Grenzen der Leistungsfähigkeit ohne Aussicht auf Neuordnung des Zuwanderungsgeschehens, die Verpflichtung zu kommunaler Wärmeplanung, unüberschaubare Aufwendungen im Zusammenhang mit Klimaanpassungsmaßnahmen und die ungeklärte Zukunft der dynamischen Finanzierung des Deutschlandtickets. Letztlich spreche man also über die Finanzen der Kommunen in Gänze, die in der Folge

möglicherweise kein Geld mehr hätten, die Schulgebäude für die deutschen Schüler instand zu halten.

Rüdiger Scholz (CDU) stellt als Ergebnis der Anhörung fest, Nordrhein-Westfalen verfüge über eine kommunalfreundliche Landesregierung; allerdings fehle es an einer kommunalfreundlichen Bundesregierung. So zeige sich das Land bereit für eine Altschuldenlösung, die der Bund aber blockiere. Er bezeichnet den Antrag als Ablenkungsmanöver.

Dilek Engin (SPD) wirft Grünen und CDU Realitätsverweigerung vor. Von der Koalition höre man stets nur leere Versprechungen, sodass sie befürchte, dass sie erst kurz vor der Wahl eine Lösung vorschlagen werde, die sie dann aber nicht mehr umsetzen könne. Sodann bringt sie ihre Entrüstung darüber zum Ausdruck, dass bestimmte Ausschussmitglieder Anträge immer wieder dafür missbrauchten, ihre Gesinnung auszudrücken.

Tim Achtermeyer (GRÜNE) betont, ihm gehe es um ein konstruktives Angehen der zu Recht angesprochenen Probleme. Sodann pflichtet er dem abschließenden Hinweis von Dilek Engin bei, denn mit seinen Wortbeiträgen offenbare Dr. Christian Blex, „inhaltlich völlig blank zu sein“.

Frank Müller (SPD) kritisiert, angesichts der Tatsache, dass es in Nordrhein-Westfalen eine der höchsten Kommunalisierungsquoten gebe, könne man wohl kaum von einer kommunalfreundlichen Landesregierung sprechen. Er erinnert daran, in der letzten Wahlperiode habe der Bund durchaus substanzielle Angebote zur Altschuldenregelung gemacht, die Schwarz-Gelb aus wahltaktischen Erwägungen ausgeschlagen habe. Im Übrigen hätten Rheinland-Pfalz und Hessen aus eigener Kraft Lösungen gefunden.

Dr. Christian Blex (AfD) moniert, Tim Achtermeyer diskreditiere die Opposition persönlich und versuche, die Sachdiskussion mit sehr undemokratischen Mitteln abzuwürgen, anstatt sich sachlich mit ihrer Kritik auseinanderzusetzen. Ein solches Vorgehen besorge ihn mit Blick auf die Demokratie. Tim Achtermeyer möge sich für sein Verhalten schämen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.